

20170430 "Was ist konservativ"

Aus der Diskussionsreihe in der „TA“ sticht besonders der Beitrag von Stephan Faut, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Thüringer Wirtschaft hervor. Er reduziert die soziale Sicherheit:

“Die Grundlage von sozialer Sicherheit ist wirtschaftliches Wachstum. Erst dann ist persönliche Freiheit möglich. So war die Agenda 2010 fortschrittlich, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen. Dazu war es auch notwendig, den Arbeitsmarkt zu reformieren. Die Fakten sind eindeutig. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands spricht für sich.“

Das ist die Reduzierung auf die Behauptung, „sozial ist, was Arbeit schafft“. Nicht neu in Deutschland, unter ähnlichen Bedingungen. Das Ergebnis war eine große Katastrophe. Dabei kann die persönliche Freiheit derer, die den Wohlstand erarbeiten nicht gemeint sein.

Mit der Agenda 2010 ist Deutschland aus der Lissabon-Strategie zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgetreten. Deutschland hat in der Staatengemeinschaft durchgesetzt, dass es fortan ausschließlich daran gemessen werden darf, wie es gelingt neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Ergebnis von 10 Jahren sank das Realeinkommen der Beschäftigten in Deutschland um 4% während es im Durchschnitt aller anderen Ländern der OECD um ca. 10% stieg! In Deutschland wurden alle Kosten und Risiken der Krise auf die Beschäftigten abgewälzt. Es war ein praktiziertes „Deutschland zuerst“ und stand wegen Wettbewerbsverzerrung international in der Kritik.

Geringfügig Beschäftigte, Niedriglöhne, Leiharbeit bei hoher Flexibilität, Tariffucht und Lohndumping für einen immer größeren Personenkreis haben inzwischen 40% aller Beschäftigten von der realen Einkommensentwicklung abgehängt.

Wer reich ist, wird auch ohne Arbeit noch reicher. Wer arm ist – bleibt es und bleibt perspektivlos.

Geschätzte 13 Billionen Euro privates Vermögen bei einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung beruht nicht auf Arbeit oder einer Leistung. Eine angemessene Besteuerung dieses leistungslos erworbenen Einkommens findet nicht statt. Dagegen werden die einfachen Menschen, die den Wohlstand erarbeiten auf vielfältige Weise ausgeplündert.

Das Einkommen der Geringverdiener sinkt weiter. Wer schließlich auf Grundsicherung angewiesen ist, dem bleibt ein Selbstbehalt von lächerlichen 2 600 Euro! Hat er mehr, muss er das aufbrauchen, bevor er Leistungsanspruch hat. Ob er sich eine Wohnung leisten kann, hängt davon ab, ob für das Wohngeld eine Wohnung zu bekommen ist. Niemanden interessiert die Zahl der Obdachlosen, darunter auch solche, die einer regelmäßigen Arbeit nachgehen. Zuzahlungen bei, bei einigen verschriebenen Medikamenten, dem privatisierten Ökostromanteil des industriellen Stromverbrauchs usw. Der Prozess der Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung hat dazu geführt, dass heute von den Ost-Kommunen schon ca. 50% der Ausgaben Sozialleistungen sind! Tendenz steigend!

Wer verhindert die weitere Privatisierung der Lebensgrundlagen Nahrung, Wohnen, Bildung, Verkehr usw.? Die Ent-Haltung der Bundesregierung beim Ausmaß des Umweltschadens durch den Abgas-Skandal der Dieselfahrzeuge ist Beispiel für eine verlogene und Umwelt gefährdende Politik. Konzerngewinne und Aktienkurse steigen. Die Politik regelt alles im Interesse des Profits. Radikalisierung der Gesellschaft ist die Folge. Ein bisher beispielloses Wettrüsten hat eingesetzt.

Wo ist die persönliche Freiheit, die Sie meinen Herr Fauth? Wo Verantwortung für das Ganze?

Eine humane leistungsstarke Wirtschaft ist bei gerechter Verteilung des wirtschaftlichen Gewinns möglich. Das ist Voraussetzung für eine freiheitliche, kulturelle und friedliche Gesellschaft und ein hohes internationales Ansehen.

Dieter Bauer
Friedrich- List- Str. 31
99096 Erfurt